

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Herausgeber: Carl Schönbach  
Verlag: Carl Schönbach & Co.  
Dresden, K. L. Waisenstraße 28/29

Bezugspreis vom 1. d. M. August 1928 bei halbjährlicher Bestellung frei Haus 1.70 Mk.  
Wochenpreis für Monat August 2.40 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.  
Wochenpreis für 3 Monate 6.00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.  
Die einseitige 80 mm breite Seite 25 Pf., für anderwärts 40 Pf. Familienangehörigen und Stellen-  
suchende ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., bis 20 mm breite, Restmenge 200 Pf., außer-  
halb 300 Pf. Offertingebühren 30 Pf. Kündigungsfrist gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Schönbach & Co.  
Dresden, Wilschstr. 10/11  
Nachdruck nur mit best. Quellenangabe  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

**Café Piccadilly**  
Vergrößertes Café!  
Noch mehr Tageslicht!  
Mehr Luft! / Mehr Aussicht!  
**Noch besser!**  
Ab 17. August neue Kapelle  
unter Leitung von Theater-  
Kapellmstr. Hugo Weickert

**Pedelin-Fußstreupulver**  
Seit 1885 glänzend bewährt!  
Wirkung überraschend und angenehm!  
Dose 75 Pf., Paket 30 Pf. in Apotheken und Drogerien.  
Paul Schocherl, Chem. Fabrik, Bischofswerda i. Sa.

**Limbäcker**  
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 1877  
Anerkannt gute preiswerte  
Weine und Küche

## Änderung des Flottenabkommens!

### Amerikas Forderung an London und Paris

London, 19. August. Im Weißen Hause wird nach Berichten aus Washington bestätigt, daß Präsident Coolidge die durch den kürzlichen Abschluß des französisch-englischen Flottenabkommens geschaffene Lage als ernst anlieht. Der Präsident hält die Möglichkeit für gegeben, daß das Abkommen die amerikanische Stellung zur See berührt, indem es die amerikanische Flotte in eine untergeordnete Stellung gegenüber den vereinigten britisch-französischen Flotten bringt. Weiter wird bestätigt, daß in amerikanischen Regierungskreisen erwogen wird, für die nächste Tagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf keine amerikanische Abordnung zu entsenden. Das Staatsdepartement kam aber zu der Ueberzeugung, daß die Anwesenheit einer amerikanischen Abordnung Frankreich und Großbritannien zwingen könnte, die Flottenfrage aufzurollen. Von privater, aber wohl unterrichteter Seite wird erklärt, daß wenn Großbritannien und Frankreich auf den eben abgeschlossenen Abkommen bestehen sollten, eine weitere Begrenzung der Flottenrüstung unmöglich sein würde. Der Nachfolger Coolidges werde in diesem Falle den Kongreß zu ersuchen haben, einem ausgedehnten amerikanischen Bauprogramm zuzustimmen, um der Bedrohung einer vereinigten britisch-französischen Flotte zu begegnen.

Sprüche auf den Weltfrieden ausbringen werden, für den bisher nur Deutschland hat Opfer bringen müssen.

## Die Unterzeichner des Kellogg-Walkes

Paris, 19. August. Von zuständiger französischer Seite wurde Sonnabend in später Abendstunde die Liste derjenigen bevollmächtigten Staatsmänner bekanntgegeben, die am 27. August in Paris den Kellogg-Pakt unterzeichnen werden. Es werden unterzeichnen: Für Deutschland: Außenminister Dr. Stresemann, für die Vereinigten Staaten: Kellogg, für Belgien: Außenminister Dymans, für Frankreich: Außenminister Briand, für Großbritannien und Indien: Lord Curzon, für Australien: Maclean, für Südafrika: Smits, für Kanada: Madensie King, für Neu-Seeland: Sir Parr, für Irland: Gilligan, für Japan: Ushida, für die Tschechoslowakei: Außenminister Dr. Beneš. Von Polen und Italien liegen die Antworten noch nicht vor.

## Dr. Stresemann wieder in Berlin

Berlin, 19. August. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute abend von dem hiesigen Luftknoten Oberhof nach Berlin zurückgekehrt und wird bereits morgen wieder die Führung der Geschäfte des auswärtigen Amtes, die bisher Staatssekretär von Schubert besorgte, übernehmen. Das Kabinett dürfte, wie schon gemeldet, voraussichtlich am Dienstag zu der angekündigten Beratung über die Völkerbundtagung in Genf und die gesamte außenpolitische Lage zusammentreten. Man glaubt in politischen Kreisen Berlins annehmen zu können, daß der Außenminister in diesen Beratungen keinerlei sektuarische Richtlinien bekommen werde, sondern daß ihm das Kabinett freie Hand lassen werde. Dies wird auch mit Rücksicht darauf gesehen, ob sich die Frage, ob überhaupt ernste diplomatische Besprechungen in Paris oder in Genf stattfinden können, erst nach der Sitzung des französischen Ministerrats, die bekanntlich für nächsten Donnerstag vorgesehen ist, beantworten läßt. Man glaubt auch annehmen zu können, daß der französische Ministerrat eine Entscheidung darüber treffen wird, ob Briand in den Genfer Verhandlungen sich völlig zurückhalten soll oder ob er den in der französischen Presse bereits seit Wochen erörterten Forderungen Stresemanns gegenüber Einspruch erheben soll. In beiden Fällen wäre eine Ausdrucksweise zwischen dem französischen und dem deutschen Außenminister für Deutschland ohne besonderen Nutzen, denn bekanntlich sind die französischen Forderungen für Deutschland einfach unannehmbar.

Wer von den deutschen Weltverbünderten- und Weltfriedensschwärmern bisher immer noch an eine Nechtung des Krieges durch den Kellogg-Pakt geglaubt hat, dem nimmt die obige Washingtoner Erklärung zum Flottenabkommen auch die letzte Hoffnung daran. Klipp und klar verlangt Amerika eine Änderung der Punkte des Flottenabkommens, die eine Spitze gegen die Wehrpolitik der U. S. A. haben sollten. Erfüllen Frankreich und England nicht diese „Bitte“ Washingtons, so wird sich der Nachfolger Coolidges gezwungen sehen, ein umfassendes Aufrüstungsprogramm aufzustellen. Wärrlich, nichts kann schärfer die völlige praktische Bedeutungslosigkeit des Kellogg-Paktes erweisen, als diese Erklärung. Der Pariser Unterzeichnungsakt wird daher lediglich eine feierliche Zeremonie sein, bei der die Staatsmänner der Alten und Neuen Welt schöne Trinf-

## Die rettende Formel des Scherbengerichts

Und sie gingen hin, die 170 Mann des hochnotpeinlichen Scherbengerichtes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und verhandelten den Fall, der zur Entscheidung stand, mit todernten Gesichtern, als wenn sie berufen wären, über eine Angelegenheit zu beraten, die das Wohl und Wehe der ganzen Nation betrafte. Dabei war es aber nur eine erbärmliche, am Boden kriechende Parteifache, um die so viel Brimborium gemacht wurde: die Abweichung vom heiligen Parteidogma, das Bekämpfung des „Militarismus“ bis zum bitteren Ende befiehlt, begangen durch die Zustimmung der sozialistischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers A. Es ist nicht nur schwer, sondern völlig unmöglich, über diese groteske Affäre keine Satire zu schreiben. So etwas ist nur in Deutschland möglich; in jedem anderen Lande ist der Boden für solche Unkrautwucherungen eines überspannten, weltfremden und kosmopolitisch verschwommenen Pazifismus viel zu national. Was ist nun bei der so gewaltig aufgemachten Geschichte herausgekommen? Ein Wechselbalg von Kompromiß, der eine seltsame Mischung von Vernunft und Unvernunft darstellt: „Bedauern“ über den Kabinettsschluß, aber keine Zurückziehung der sozialistischen Minister. Unvernünftig ist es in höchstem Grade, etwas zu „bedauern“, was vom nationalen Interesse so zweifellos gefordert wird, wie der Ausbau der geringen Seemacht, die zu unterhalten uns der Verfasser Vertrag erlaubt. Der politische Vernunft entspricht dagegen der Beschluß, die Regierungskoalition aus diesem Anlaß nicht auflösen zu lassen. Für die kaum entwirrbare Zwangslage, in die sich die Partei durch ihre hemmungslose Waschlageration gebracht hat, ist aber die Tatsache ungemein bezeichnend, daß der Sieg des einfachsten Gebotes der politischen Vernunft im Scherbengericht in so blamabler Weise erkaufte werden mußte, mit einer Rüge der sozialistischen Minister für ein Verhalten, das anders gar nicht sein konnte, wenn die „Beschuldigten“ nicht jede Spur von Einsicht und Verantwortlichkeit auf dem Altar des Parteianatismus opfern wollten.

Mit was für einer Sorte von Rabifallnsks sich die einschüchteren Parteimitglieder herumhängen müssen, zeigt folgende Auslassung eines sächsischen linkssozialistischen Organes: „Wir haben keinerlei Verantwortung für einen Staat zu tragen, der Morbinstrumente baut und Dubende von Millionen hinauswirft für sinnlose Rüstungen. Wir haben lediglich die Verantwortung für das Proletariat und seinen Kampf für die Ausführung der Gelübnisse, die wir in Brüssel ablegten. Und darum bleibt es dabei: Fort mit der Panzerkreuzerregierung! Heraus, Genossen, aus dieser Koalition!“ Von diesem Rabifallnsks führt eine direkte Brücke zu der Weisheitsverfassung der Kommunisten hinüber, die mit Pauken und Trompeten verkünden, daß sie der „bourgeoischen Waschlageration“ der ungelassenen Sozialisten mit einem Volksbegehren zu Leibe gehen wollen, dessen Hauptparagraf lautet soll: „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten.“ Als geradezu erschreckend muß es bezeichnet werden, daß die Vertreter derartiger Anschauungen so viel Macht und Einfluß besitzen, daß sie das Berliner Scherbengericht, das die Partei so schwer kompromittiert, zustandbringen konnten. Das eröffnet trübe Aussichten für die Zukunft.

In dieser nationalen und moralischen Follage des deutschen Sozialismus tritt die linkssozialistische Partei Deutschlands mit einer bemerkenswerten Rundgebung auf den Plan, die sich wider die sächsischen Brandstifter richtet und den Linkssozialisten u. a. folgendes in Stammbuch schreibt: „Der Unterschied zwischen unserer Staatsarbeit und derjenigen der S. P. D., zu der auch nur ein Teil dieser Partei bereit ist, liegt darin, daß die Alten Sozialdemokraten niemals mit schönen und schließlich unmöglichen Versprechungen operierten, sondern der Arbeiterschaft die Wahrheit sagten. Den Linkssozialisten wird es jetzt zum Verhängnis, daß sie mit der Vertrauensseligkeit der Arbeiterschaft ein unehrliches Spiel trieben, als sie ihre Wahlsparolen und Versprechungen unter die Wähler brachten, denn sie mußten wissen, daß sich wesentliche Teile dieser Versprechungen nicht erfüllen lassen. In Sachen ist das Spiel aber noch um viele Grade unehrlicher, weil man hier überhaupt nicht daran denkt, sich an einer Regierung zu beteiligen, um solche Versprechungen verwirklichen zu können.“

Das sind sehr beherzigenswerte Worte. Wie sich die Dinge einmal zugespitzt haben, kann man sich nur darüber wundern, daß die einschüchteren Elemente der Sozialdemokratischen Partei, die durch den Verkauf der Panzerkreuzer-Affäre eine so niederschmetternde Belehrung über die Unheilbarkeit der radikalen Krankheit erhalten haben, noch immer ärgern, den ewig konsequenten Schritt zum Linkssozialismus hinüber zu tun.

## Die sozialistischen Minister bleiben im Kabinett

### Der Beschluß des Parteiausschusses

Berlin, 19. August. Die gemeinsame Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion endete in der achten Abendstunde mit der Annahme folgender Entscheidung:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der sozialdemokratische Parteiausschuss treten dem am 15. August gefassten Beschluß des Parteiausschusses und des Parteiausschusses über die Haltung der Reichsregierung angehörigen Parteigenossen zu der Inangriffnahme des eigenen Baues des Panzerkreuzers A bei. Sie bedauern, daß die sozialdemokratischen Minister dem Beschluß des Kabinetts unter Verzicht auf vorherige Beratung der Fraktion und des Parteiausschusses zugestimmt haben. Fraktion und Parteiausschuss halten die enge Fühlungnahme zwischen ihnen und den der Regierung angehörigen Genossen in allen politischen Fragen für eine unabwendbare Notwendigkeit. Fraktion und Parteiausschuss halten die Beteiligung an der Regierung mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft für außerordentlich wichtig. Sie leiten daher aus der Entscheidung des Kabinetts, die die Ausführung eines vom letzten Reichstag beschlossenen Gesetzes betraf, trotz ihrer grundsätzlichen ablehnenden Auffassung über den Erlass des Panzerkreuzers nicht die Notwendigkeit ab, unsere Genossen zum Austritt aus dem Kabinett aufzufordern.

Untere Berliner Schriftleitung meldet weiter dazu: Der Beschluß, der mit einer Mehrheit von 140 gegen 20 Stimmen angenommen wurde, zeigt, daß die Entrüstung der sozialdemokratischen Provinzpresse und der Parteiorganisationen im Lande zu einem guten Teil Theaterdonner war, um die Anhänger im Lande von der mit allem Nachdruck arbeitenden kommunistischen Agitation abzuwehren. Trotzdem augenblicklich eine Krise des Kabinetts vermieden worden ist, dürfte die Spannung, in deren Zeichen das Leben des Kabinetts steht, noch nicht beseitigt sein, denn in der sozialdemokratischen Fraktionsführung ist gefordert, und vom Reichstagsminister Müller nach Verhandlungen, die bis jetzt weder dokumentiert noch bestätigt worden sind, zugesichert worden, zunächst die Ausbehnung der sogenannten Krisen-

fürsorge von 26 auf 30 Wochen im Kabinett durchzuführen. Die übrigen Kabinettsmitglieder dürften sich zu einer solchen Verlängerung kaum bereit finden, da aus allen Teilen des Reiches Klagen, namentlich der landwirtschaftlichen Arbeitgeber darüber vorliegen, daß es ihnen nicht möglich sei, Arbeitskräfte zu erhalten, weil die Unterstützungssätze vielfach höher seien, als das, was sie an Lohn zahlen könnten. Aber ein baldiges Vorgehen auf diesem Gebiete ist für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Denn die SPD. will den Bestand des Kabinetts, nachdem eben erst eine schwere Gefahr mit Mühe beseitigt worden ist, nicht gleich wieder aufzuheben in Frage stellen.

Berlin, 19. August. Da auf einen Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion, den Reichstag zwecks Beratung der Panzerkreuzerfrage und der kommunistischen Interpellation sofort einzuberufen, bis Sonnabend nachmittag keine Antwort eingegangen war, hat, wie die „Rote Frage“ meldet, im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion der Abg. Stoeker erneut ein Schreiben an den Präsidenten Löbe gerichtet, worin nochmals dringend die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert wird.

## „Wenn schon Krieg, dann Bürgerkrieg!“

Leipzig, 19. August. Am Sonnabend und Sonntag fand in Leipzig bei sehr starker Beteiligung das mitteldeutsche Treffen des Roten Frontkämpfer-Bundes statt, zu dem u. a. auch aus Hamburg, Berlin und Steintin größere Abordnungen erschienen waren. Den Hauptpunkt bildete am Sonntagmittag eine große öffentliche Kundgebung, bei der zehn Redner sprachen. Die in den Zügen mitgeführten Plakate sowie auch der Inhalt der Ansprachen gingen im wesentlichen auf die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichsminister zur Erbauung des Panzerkreuzers ein. „Wir lehnen“, so hieß es in den Ansprachen, „alle Kriegsvorbereitungen ab, wenn es sich um Kriege handelt, in denen das Proletariat für den Kapitalismus wieder verbluten soll. Wenn schon Krieg, dann Bürgerkrieg!“ In Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.